

Maurizio Bach | Barbara Höning [Hrsg.]

Europasozilogie

Handbuch für Wissenschaft und Studium



Nomos

Maurizio Bach | Barbara Hönig [Hrsg.]

Europasozio**logie**

Handbuch für Wissenschaft und Studium



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-2456-7 (Print)

ISBN 978-3-8452-6615-2 (ePDF)

1. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	9
I. Soziologische Kartografien Europas	
Europabilder. Imaginationen und Realisierungen eines Kontinents	15
<i>Karl-Siegbert Rehberg</i>	
Europäische und globale Moderne	32
<i>Bo Stråth und Peter Wagner</i>	
Die europäische Gesellschaft	44
<i>Hans-Peter Müller</i>	
Politischer Raum Europa	51
<i>Georg Vobruba</i>	
Die institutionelle Dynamik Europas	57
<i>Maurizio Bach</i>	
II. Institutionenbildung und Institutionenpolitik	
Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik in der Europäischen Union	71
<i>Susanne Pernicka und Günter Hefler</i>	
Bürokratie und Bürokratisierung in der Europäischen Union	82
<i>Maurizio Bach</i>	
Demokratie und Legitimation	92
<i>Maurizio Bach</i>	
Differenzierte Integration	98
<i>Anja Riedeberger</i>	
Diskriminierungsverbot und Anti-Diskriminierungsmaßnahmen in der Europäischen Union	104
<i>Theresa Wobbe und Lydia Malmedie</i>	
EU-Citizenship	120
<i>Christian Schmidt-Wellenburg und Jürgen Mackert</i>	
EU-Experten und -Professionals	130
<i>Sebastian M. Büttner</i>	
Europäischer Forschungsraum	141
<i>Barbara Hönig</i>	
Integration durch Recht	151
<i>Sabine Frerichs</i>	
Konflikte und Konfliktinstitutionalisierung in der Europäischen Union	162
<i>Thilo Fehmel</i>	

Politische Rhetorik und symbolische Politik in der Europäischen Union	168
<i>Franz Heschl</i>	
III. Territoriale Neuordnung Europas	
Grenzüräume in Europa	175
<i>Jochen Roose</i>	
Grenzsicherungspolitik, europäische	180
<i>Monika Eigmüller</i>	
Integration und Erweiterung	186
<i>Georg Vobruba</i>	
Nachbarschaftspolitik, europäische	193
<i>Georg Vobruba</i>	
Transformation Ostmittel- und Südosteuropas	199
<i>Anton Sterbling</i>	
IV. Sozialstruktur und Sozialpolitik	
Europäisierung sozialer Ungleichheit	209
<i>Lukas Gernand</i>	
Europäisierung der industriellen Beziehungen	218
<i>Vera Glassner und Torsten Müller</i>	
Migration und Flucht	229
<i>Roland Verwiebe, Lena Seewann und Margarita Wolf</i>	
Osteuropa, Eliten und zivile Gesellschaft	241
<i>Helmut Fehr</i>	
Sozialmodell, europäisches	252
<i>Max Preglau</i>	
Sozialpolitik, europäische	260
<i>Monika Eigmüller</i>	
Sozialstruktur Europas	266
<i>Steffen Mau und Roland Verwiebe</i>	
Ungleichheitskonflikte in der Europäischen Union	273
<i>Nikola Tietze</i>	
V. Transnationale soziale Prozesse	
Erinnern und Gedächtnis in Europa	283
<i>Gerd Sebald</i>	
Die Eurokrise	291
<i>Maurizio Bach</i>	

Euroskeptizismus	301
<i>Lukas Gernand</i>	
Finanzialisierung und Europa	312
<i>Silke Ötsch</i>	
Generationenbeziehungen in Migrantenfamilien in Europa	323
<i>Anja Steinbach</i>	
Hochschulraum und Bologna-Reform	331
<i>Ulrich Teichler</i>	
Hochschul- und Berufsbildung in Europa	338
<i>Justin J. W. Powell</i>	
Identität, nationale und europäische	344
<i>Viktoria Kaina</i>	
Islam in Europa	352
<i>Nikola Tietze</i>	
Öffentlichkeit, europäische	359
<i>Hans-Jörg Trenz</i>	
Soziale Bewegungen und Europa	369
<i>Jochen Roose</i>	
Soziales Vertrauen in Europa	375
<i>Tuuli-Marja Kleiner</i>	
VI. Gesellschaftstheoretische Perspektiven	
Feldtheoretische Perspektiven	389
<i>Stefan Bernhard und Christian Schmidt-Wellenburg</i>	
Gouvernementalität der Europäischen Union	398
<i>Sonja Puntischer Riekman</i>	
Informationsgesellschaft, europäische	405
<i>Jochen Steinbicker</i>	
Institutionalismus, historischer	411
<i>Bernhard Ebbinghaus</i>	
Kosmopolitisches Europa	422
<i>Angelika Poferl</i>	
Neo-Institutionalismus in der Europasoziologie	434
<i>Sebastian M. Büttner</i>	
Transformation der Solidarität	444
<i>Sabine Frerichs</i>	

VII. Forschungsstrategien und Methodenkritik

Eurobarometer	459
<i>Sylke Nissen</i>	
Gesellschaftsvergleich, europäischer	470
<i>Stefan Immerfall</i>	
Integration und Methodenentwicklung, europäische	479
<i>Gert Pickel</i>	
Autorenverzeichnis	485
Index	490

Einleitung

Wenn der Nationalismus, wie Norbert Elias einst bemerkte, „eines der mächtigsten, wenn nicht *das* mächtigste soziale Glaubenssystem des 19. und 20. Jahrhunderts“ ist, so stellt die Idee der europäischen Einigung den wohl profiliertesten Gegensatz dazu dar. Sie setzt auf friedenssichernde Konfliktbewältigung durch wirtschaftliche und politische Kooperation der Regierungen im Rahmen eines gemeinsamen institutionellen Vertrags- und Regelwerks. Den nationalstaatlich geschlossenen Volkswirtschaften der Vergangenheit stellt sie den europäischen Binnenmarkt entgegen, verbunden mit dem Versprechen von und der Hoffnung auf positive Wohlfahrtseffekte für alle beteiligten Länder. Der Zersplitterung des Kontinents in zahllose Einzelstaaten setzt das Integrationsprojekt den Grundgedanken ökonomischer und sozialer Kohäsion Europas sowie die Idee europäischer Solidarität entgegen. Keine zweite Ordnungsfigur hat Europa in den vergangenen Jahrzehnten stärker und nachhaltiger verändert. Die Suggestivkraft des Post-Nationalen scheint bislang ungebrochen zu sein, trotz der multiplen Krisen, mit denen sich das europäische Projekt seit nun fast einem Jahrzehnt konfrontiert sieht.

Insbesondere durch den Auf- und Ausbau der Institutionen der Europäischen Union (EU) haben die Nationalstaaten Europas eine substantielle Transformation erfahren, die tief in deren gesellschaftliche Strukturen hineinreicht. Der europäische Einigungsprozess wirkt so bis heute als Katalysator eines beispiellosen sozialen Wandels. In mancher Hinsicht kommt dieser Prozess einer Revolution gleich – wohl bar jeglichen sozial-ethischen Pathos, stattdessen beseelt von ökonomischen Wachstums- und Wohlstandshoffnungen, technokratischem Pragmatismus und einer instrumentellen Juristen- und Bürokraten-Ratio. Die EU dereguliert die Märkte und dehnt diese über die Grenzen der Staaten hin aus, eröffnet dem Kapital erweiterte Reproduktionschancen, erzeugt ein veritables über-nationales Recht, stellt die Kooperation von Regierungen auf Dauer und bietet der staatlichen Bürokratie gänzlich neuartige, nämlich europaweite Entfaltungsfelder. Auf diese Weise stellt die post-nationale Revolution unserer Zeit die Weichen für die europäische Moderne grundlegend neu.

Indem der Prozess europäischer Integration neue Rahmenbedingungen für die Politik, Wirtschaft und Kultur schuf und damit den Prinzipien der Post- und Supranationalität Geltung verschaffte, ist die Integration zu einer eigenständigen Triebkraft gesamtgesellschaftlicher Modernisierung geworden. Damit gewinnt er eine eminent soziologische Relevanz.

Seit gut zwei Jahrzehnten setzen sich nunmehr auch Soziologinnen und Soziologen intensiv mit der Frage auseinander, wie und mit welchen Konsequenzen sich die Strukturen und Selbstbeschreibungen europäischer Gesellschaften durch den Einigungsprozess verändern. Das hat eine unübersehbar große Zahl an empirischen Projekten zu einzelnen Themen hervorgebracht wie auch grundsätzliche Reflexionen über gesellschaftstheoretische Implikationen der Europäisierung vormals nationalstaatlicher Gesellschaften angeregt. Eine zentrale Frage der soziologischen Europaforschung besteht darin, ob eine „europäische Gesellschaft“ im Sinne einer neuen post-nationalen gesamtgesellschaftlichen Ordnung im Entstehen sei. Damit ist das intensive Bemühen um eine spezifisch soziologische Ausrichtung der Europaforschung verknüpft, die allgemeine Fragestellungen, Theorien und Methoden der Soziologie für die Analyse der mit der europäischen Integration zusammenhängenden gesellschaftlichen Wandlungsprozesse anwendet.

Für dieses neue Forschungsfeld hat sich im deutschsprachigen Raum die pragmatische Bezeichnung *Europasozio­logie* eingebürgert. Die Etablierung soziologischer Europa- und Integrationsforschung als eigenständiges Forschungsfeld kann als eine Besonderheit der deutschsprachigen Sozialwissenschaften betrachtet werden, die sich auch historisch ausgeprägter nach Wissenschaftsdisziplinen differenzierte als etwa im anglophonen Sprachraum. Der Name *Europasozio­logie* suggeriert freilich eine thematische Geschlossenheit und (gesellschafts-)theoretische Kohärenz, die weder der bunten Vielfalt des Wissensgebiets noch der Komplexität der Sache gerecht zu werden vermögen. Nicht theoretische Dogmatik, sondern multi-paradigmatische Suchbewegungen charakterisieren die neue Forschungsrichtung, bei der es sich immer noch eher um ein wissenschaftliches Experimentierfeld als um eine intellektuelle „Schule“ handelt. Das entspricht letztlich auch dem offenen Horizont des europäischen Projekts und den mannigfaltigen Selbstbeschreibungen Europas, die sich nicht auf nur eine Formel bringen lassen. Dementsprechend bietet die deutschsprachige Europasozio­logie eine große Bandbreite an Problemstellungen und Themen sowie eine Pluralität an gesellschaftstheoretischen und methodologischen Ansätzen.

Dem will das vorliegende Handbuch Rechnung tragen, indem es versucht, der Vielfalt der soziologischen Europaforschung Ausdruck zu verleihen. Die Autorinnen und Autoren der einzelnen Lemmata wurden daher gebeten, zum jeweiligen Begriff zentrale Fragestellungen, theoretische Konzepte und empirische Ergebnisse einzubeziehen. Die Einträge sollten den aktuellen Forschungsstand möglichst in seinem ganzen Facettenreichtum abbilden und auch Kontroversen und offene Probleme zukünftiger Forschung zur Untersuchung der europäischen Gesellschaft diskutieren. Davon zeugen auch die fünf einleitenden Essays (im Teil I), die aus unterschiedlichen Perspektiven Europas diachronen und synchronen Sinn- und Vergesellschaftungszusammenhang beleuchten und damit auch metatheoretische Reflexionen einer Soziologie der Europasozio­logie umschreiben. Zusammen liefern sie gewissermaßen soziologische Kartographien der europäischen Gesellschaft.

Die weitere Gliederung des Bandes folgt jenen thematischen Hauptsträngen, entlang derer die Forschung in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten ihr Profil gewonnen hat. In einem ersten, frühesten Forschungsstrang richtet sich die Aufmerksamkeit der Soziologie auf die institutionelle Struktur des europäischen Verbandes mit seinen verschiedenen Organen und Rechtsordnungen (Teil II). Von Interesse sind dabei primär die Gestaltung der Handlungs- und Strukturprinzipien supranationaler Institutionen sowie die Auswirkungen, die sie auf die sozialen Systeme und Lebensverhältnisse der Menschen hat. Mit dem Auf- und Ausbau der EU ist ein einzigartiges zeitgeschichtliches Laboratorium für die soziologische Beobachtung von Prozessen der Institutionenbildung und ihren gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen entstanden.

Ein weiterer Forschungsansatz hat sich durch die Thematisierung der Grenzen- und Raumfrage im gesamteuropäischen Maßstab herausgebildet (Teil III). Äußerer Anlass war die fünfte Erweiterungsrunde, die „Osterweiterung“ der EU 2004. Bereits die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes hat zu einer beispiellosen Durchlässigkeit zwischenstaatlicher Grenzen und zur funktionalen Bedeutungszunahme der EU-Außengrenze geführt. Die in der Soziologie lange Zeit vernachlässigte Raumdimension erlebte durch die Restrukturierung des politischen Raumes in Europa eine Konjunktur; die Frage nach der *territorialen* Verfasstheit gesellschaftlicher Ordnungen erfordert nicht zuletzt eine Neubestimmung des Gesellschaftsbegriffs.

Analysen zur Sozialstruktur, Sozialpolitik und sozialen Ungleichheit im integrierten Europa zählen seit jeher zur zentralen Aufgabe der Europasozio­logie (Teil IV). Sie schließt dabei direkt

an die soziologische Forschungstraditionen der Sozialstrukturanalyse und der international vergleichenden Sozialforschung an. Mit der fortschreitenden Europäisierung der Gesellschaften kommen die europäischen Institutionen zunehmend auch als eigenständige Zurechnungseinheiten von Ungleichheit und daraus entstehenden sozialen Konflikten ins Spiel. Besonders die Euro- und Staatsschuldenkrise der vergangenen Jahre brachte diese Zusammenhänge an den Tag. Spezifisch europäische Formen der Strukturierung von Lebenslagen wie auch Ansätze einer EU-Sozialpolitik gewinnen damit an Bedeutung.

Auch die zahlreichen Forschungen zu grenzüberschreitenden, transnationalen sozialen Prozessen, die nicht immer und eindeutig institutionellen Charakters sind, sondern vielfach auf endogene Entwicklungen zurückgehen, lassen sich zu einer eigenständigen Forschungsrichtung der Europasozio­logie zusammenfassen (Teil V). Hier steht der lebensweltliche Raum transnationaler Interaktionen im Mittelpunkt, der unter anderem als Folge der Ausdehnung des grenzüberschreitenden Aktivitäts- und Erfahrungsraums der Menschen in Europa entstanden ist. Dabei kommt eine *bottom up*-Perspektive zum Tragen, die unser Wissen über die gesellschaftliche Realität Europas empirisch fundiert und detailreich erweitert.

Gesellschaftstheoretische Perspektiven der Europasozio­logie im engeren Sinn bilden einen weiteren größeren Themenblock des Handbuchs (Teil VI). Diese kreisen um die prominentesten Theoriemodelle und Paradigmen, die in der soziologischen Forschung bisher zur Anwendung gelangt sind. Die Europäisierung der nationalen Gesellschaft stellt auch neue Herausforderungen an soziologische Theoriebildung, besonders an die Gesellschaftstheorie: Mit der praktischen Infragestellung des Nationalstaates ist der traditionelle Gesellschaftsbegriff problematisch geworden, was wesentlich zu einer Erhöhung des epistemologischen und theoretischen Selbstreflexionspotenzials der Soziologie beigetragen hat. Das macht deutlich, dass es sich bei der Europasozio­logie um keine neue „Bindestrich-Soziologie“ handelt, sie vielmehr an der theoretischen Selbstverständigung und -vergewisserung der Disziplin als solcher mitwirkt und mithin für die Allgemeine Soziologie von Bedeutung ist.

Den Abschluss bilden Einträge zu methodologischen Fragen, Forschungsstrategien und Methoden­kritik in der Europasozio­logie (Teil VII). Da der empirische Wissensbestand der Europasozio­logie in den vergangenen Jahren deutlich angewachsen ist, wird die systematische Auseinandersetzung mit dem methodischen Repertoire, das diese Befunde generiert, zunehmend wichtiger. Dies gilt auch für die Notwendigkeit einer kritischen Reflexion der so gewonnenen Daten und der Bedingungen soziologischer Forschung in ihrem gesellschafts- und wissenschaftspolitischen Zusammenhang.

Zweifellos kann das vorliegende Handbuch nicht alle bestehenden Zugangsweisen und Themen der Europasozio­logie in gleicher Weise abdecken. So fehlen beispielsweise Darstellungen des gesellschaftstheoretischen Beitrags der Kritischen Theorie, der Systemtheorie, der Rolle der Intellektuellen, bestimmter Forschungsinfrastrukturen wie dem *European Social Survey*, der Mehrsprachigkeit in Europa oder auch des Strukturwandels der Agrarwirtschaft.

Angesichts der Dynamik der Forschungsfeldes der Europasozio­logie kann dieses Handbuch freilich keine abschließende Darstellung oder Sistierung des Forschungsstands bieten, sondern ist vielmehr als *work in progress* zu betrachten, der zu einer beständigen Aktualisierungen des Wissensbestands einlädt. Für die digitale Version des vorliegenden Handbuchs ist deshalb eine regelmäßige Überarbeitung und Erweiterung als Bestandteil der *nomos eLibrary* geplant.

Wir danken Isabelle Puccini und Jonas Baur für ihre sorgfältige und zuverlässige Unterstützung bei der formalen Erstellung des Manuskripts und Frau Roswitha Nagelmüller für ihre wie immer umsichtige, wertvolle Hilfe. Dem Nomos Verlag, insbesondere Dr. Martin Reichinger und Dr. Sandra Frey, sei für zahlreiche Anregungen, Hilfestellungen und auch für ihre Geduld in unterschiedlichen Phasen der Gestaltung des Handbuchs gedankt. Besonderen Dank schulden wir den Autorinnen und Autoren, ohne deren Beiträge dieses Handbuch nun nicht vorliegen würde.

Maurizio Bach (Passau) und Barbara Hönig (Linz)

I. Soziologische Kartografien Europas

Europabilder. Imaginationen und Realisierungen eines Kontinents

Karl-Siegbert Rehberg

Die Erdteile sind keine natürlichen Einheiten,
sondern durch die Geschichte bedingt
(Fischer 1957: 19)

Mythische Anfänge und konkurrierende Symbol- und Wissensordnungen

Sogar die aktuellen Debatten um die Stellung Europas in der Welt und der seit einem Vierteljahrhundert (noch) von Minderheiten in vielen Ländern politisch wirksam werdende Widerstand gegen die supranationale Struktur der Europäischen Union (EU) verweisen untergründig auf unterschiedlichste Imaginationen *Europas*. Das Wort geht zurück bis in vielleicht *vorgriechische Zeit*, ist verbunden mit einer Geographie, die von den durch astronomische Konstellationen bestimmbar gewordenen Himmelsrichtungen bis hin zu Herrschaftsgebieten und -ansprüchen reicht. So entsteht bei Betrachtung der Wort- und Begriffsgeschichte nicht eigentlich eine Genealogie; vielmehr ein zuweilen bizarres, genealogisches Material, das mit immer sich wandelnden Inhalten und Bedeutungen verknüpft ist.

In seiner vielfach poetisierend anmutenden Institutionentheorie hat Cornelius Castoriadis das Entstehen von Ordnungen aus einem *Magma* ursprünglicher Gegebenheiten des Seins abgeleitet, aus dem erst diejenigen Identitätslogiken entstehen, auf denen alle Erkenntnis und Normierungsmuster des gesellschaftlichen Zusammenlebens beruhen: nämlich Formen der *Instituierung* als Herausbildung grundlegendster Strukturierungen, etwa von Varianten der Ding-Konstitution, Gesellschaften, Sprachen, Individualitäts-Typen etc. Daraus bilden sich dann konkrete Institutionalisierungen und schließlich Weltbild-Synthesen heraus: die diversen Europabilder sind dafür ein Beispiel. „Europa ist Vergangenheit und Zukunft“, wie Jacques Le Goff (1994: 7, 58) postulierte, und deshalb ist Clio eine „der Herrinnen Europas“, mit einem zweieinhalbtausend Jahre alten Namen und doch noch „im Zustand des Entwurfs“.

So gibt es auch die Erneuerung durch Rückgriffe, die nie ohne ein Moment des Illusionären sind, wie die Wiederbelebung der Antike in der *Renaissance*, die zugleich rückblickend zur Geburtsstunde des Individuums stilisiert werden konnte (vgl. Michelet 1850; Burckhardt 1860 und die sich selbst hochtreibende Hysterisierung in vielen Aphorismen Friedrich Nietzsches oder im Renaissancismus des neunzehnten Jahrhunderts). Vielleicht war die Geschichte des „christlichen Abendlandes“ sogar durch mehrere antikisierende Renaissancen, zumindest in den Künsten, geprägt (vgl. Panofsky 1979); jedenfalls wird in dieser Aneignung von Vergangenheit (bis hin zu den oft starren historistischen Neo-Architekturen) das Prinzip von Brüchen durch Kontinuierung sichtbar.

Solche Wiederentdeckungen, so auch von philosophischen und künstlerischen Quellen der eigenen Kultur, machen deutlich, dass die europäische *Einheit* immer schon aus Verschiedenartigem, ja Entgegengesetztem komponiert war. Etwa konnten Gegenreformation und ästhetisches Neuheidentum einander ergänzen, sogar in der fürstlichen Attitüde der obersten Kleriker, wenn man an das Zusammenspiel Johann Joachim Winckelmanns mit dem für die Re-Katholi-

sierung des ketzerischen Nordens zuständigen Kardinals Alessandro Albani denkt, dessen römischer Palast die heidnischen Mythen in die Gegenwart des Papststaates rückte.

Sucht man, wie es durch Gelehrtentraditionen vorgeprägt ist, den Beginn von Wortverwendungen und Sinnzuschreibungen in den noch nachvollziehbaren Anfängen ritueller und mythischer, dann religiöser und herrschaftlicher Benennungen von Ländern und Kontinenten, scheint der sagenhafte Raub einer (keineswegs eindeutig verortbaren, für Herodot [1863: 51] phönizischen) *Prinzessin* durch den in einen Stier sich verwandelt habenden Zeus als dasjenige Motiv, welches sich in besonderer Weise bildhaft eingepägt hat. Man kann aus der Entführung sogar Verweise auf ein von roher Männergier zerstörtes Matriarchat schließen, sieht vor allem jedoch die bis heute mit kriegerischen Auseinandersetzungen unlösbar verbundenen Vergewaltigungen als Siegeszeichen und denkt merkwürdig berührt daran, wie *humanistisch* Erzogene genüsslich die Prachtbilder vom Raub der Sabinerinnen zu betrachten wussten, die ja auch noch dem Bildungswissen aufhalfen. Worauf dieser, schon von Herodot (1859: 51) als Gründungssymbol abgelehnte Frauenraub (von dem auch berichtet wurde, es seien Hellenen gewesen, welche die Königstochter in Tyrus geraubt hätten [Herodot 1859: 28]) verweist, ist gegen alle Identitäts- und Homogenitätsphantasmen jedenfalls die reale Formung von Machtbereichen durch den Kontakt und die Begegnung unterschiedlicher Kulturen. Hier wird Europa zum „Sinnbild für Kultur, die aus dem Osten gebracht“ wurde (ausführlich zu alledem Berger 1907).

Eng verbunden mit herrschaftlichen Geltungsbehauptungen sind es geographische Bezeichnungen, die sehr früh schon Reiche und Bündnissysteme mit vielfältigen kulturellen Durchdringungen und daraus folgenden Unterscheidungen zu objektivieren trachteten. So entstand schon im vierten Jahrhundert v. Chr. ein Koordinatensystem mit „*Europe*“ (Berger 1907) und „*Asia*“, später um „*Lybia*“ oder „*Africa*“ als drittem Erdteil erweitert. Damit ist man bei einer Differenzierung, welche zugleich eine Einheit zum Ausdruck brachte, nicht der Länder, vielmehr ihrer Verknüpfung und zugleich Trennung durch das Mittelmeer, welches „die Küsten dreier Erdteile“ bespült (Fischer 1957: 24). Schon in der Antike wurde es als *mare nostrum* erlebt, wie es uns durch die Schlagzeilen über die riskanten, viele Opfer fordernden und von Schlepfern organisierten Überfahrten von nach Europa Flüchtenden wieder ins Bewusstsein gerückt ist.

Fernand Braudels ([1949] 1990) Verklammerungsgeschichte einer mediterranen *longue durée* dieses einstmaligen Weltmeeres hat ihre Wurzeln im antiken Denkens. Aber schon Theodor Mommsen (1856: 3) leitete seine, 1912 mit dem Nobelpreis ausgezeichnete, *Römische Geschichte* mit einer Schilderung dieses „mannigfaltig gegliederten Binnenmeers“ ein, „das [...] die drei Teile der Alten Welt scheidet und verbindet“. An seinen Küsten siedelten „Völkerstämme sich an, welche ethnographisch und sprachgeschichtlich betrachtet verschiedenen Rassen angehörig, historisch ein Ganzes ausmachen“. So werde man vorbeigeführt an der „Geschichte des koptischen oder ägyptischen Stammes an dem südlichen Gestade, der aramäischen oder syrischen Nation, die die Ostküste einnimmt und tief in das innere Asiens hinein bis an den Euphrat und Tigris sich ausbreitet, und die Geschichte des Zwillingsvolkes der Hellenen und Italiener, welche die europäischen Uferlandschaften des Mittelmeeres zu ihrem Erbteil empfangen“.

Rückgriffe auf diese Konstellation sind auch heute noch möglich, etwa durch die 2008 gegründete *Union pour la Méditerranée*, der 43 Länder angehören und die (vielleicht ein Gegengewicht zu den deutsch-französischen Sonderbeziehungen innerhalb der EU schaffen wollend)

Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy zu beleben versuchte (vgl. auch Lepenies 2016). Dazu passte der von Giorgio Agamben (2013 a) ausgelöste Feuilletonsturm, nachdem er scheinbar als Mittel gegen die deutsche Dominanz in Europa die Orientierung der Mittelmeerländer an einem, mit Alexandre Kojève gesprochen, „Lateinischen Imperium“ empfahl. Später schwächte er dies als Kritik an der rein ökonomischen Ausrichtung der EU-Politik ab (gegen diese Selbstdeutung spricht der Originaltext Agamben 2013 b). Keine Verfassung zu haben, mache die EU „illegitim“. Was einst das Band einer gemeinsamen Religion bedeutete, könnte heute darin bestehen, Vergangenheit „als Lebensform Europas“ zur Quelle einer Identität jenseits der Ökonomie zu machen.

Der Europa-Name (vielleicht im Spiegel der Augen der Entführten *dunkel*, also das Land des Sonnenunterganges meinent) mag von Kreta kommend, für die griechischen Inseln gestanden haben, dann vielleicht für das attische Festland, über Syrakus importiert schließlich einen Kontinent benennend (wiederum Berger 1907: 1289–1309). Wie auch immer: Noch für die Frühe Neuzeit blieb (mit Ausnahme der karolingischen Epoche) die geographische Sinnschicht dominant, während die Einheit des Kontinents seit dem Frühmittelalter und im Sprachgebrauch der Kurie durch *christianitas*, zuweilen sogar *res publica christiana* ausgedrückt wurde (Schulze 2005: 39). Die Verschiedenartigkeit von Einheitsvisionen und konfligierenden Entgegensetzungen, genealogischer Konstrukte und das Verhältnis zu noch nicht bekannten oder nicht verfügbaren *Weltteilen* sind das Bestimmende der Konstitutionsgeschichte eines *Europas*, das in seiner Hochphase – auch ermöglicht durch den Kolonialismus – und später (gemeinsam mit dem zugleich doch auch als Widerpart erlebten *anderen Europa*, nämlich den Vereinigten Staaten von Amerika) in umfassendem Sinne weltbeherrschend wurde. Wenigstens wurde die „Einheit“ Europas dem „Rest der Welt“ durch die weitausgreifenden Aktivitäten der – immer militärisch gestützten – ökonomischen Expansion und spätestens seit dem fünfzehnten Jahrhundert auch des Kapitalismus (Kennedy 1989; Wallerstein 2010) vor Augen geführt.

Demgegenüber haben sich die Selbstwahrnehmung der Europäer und ihr Blick auf *Europa* nicht zuletzt aus Bedrohungen von außen oder durch gefährliche innere Gegensätze geformt, in der griechischen Antike etwa durch die angsterzeugende Präsenz des in sich sozial und kulturell heterogenen, herrschaftlich aber vereinheitlichten persischen Großreiches. In ähnlicher Weise wurden Metaphern für die eigene Zugehörigkeit durch die hellenistische, später römische Reichsausbreitung mit der Verlagerung des eigenen Herrschaftsraumes nach Osten notwendig und auf andere Weise nochmals mit der Verschiebung der römischen Kaiserherrschaft nach Byzanz. Später folgte die (wiederum Spaltungen und Einheitsmodelle aktualisierende) Nord-Süd-Spannung zwischen dem Karolingerreich, darnach auch zwischen dem darauf sich beziehenden deutschen Kaisertum, und den Päpsten mit konfligierenden Universalansprüchen.

Schärfer wirkten als Druck von außen die verschiedenen Bevölkerungsverschiebungen des vierten und fünften Jahrhunderts, die man, da es sich um *Deutsche* handelte, gemächlich als *Völkerwanderung* bezeichnet. Hingegen werden die etwa zu gleicher Zeit angreifenden Hunnen unter Attila oder die im dreizehnten Jahrhundert *einfallenden* Mongolen unter Dschingis Khan mit dramatischen Wörtern für die geplante Landnahme bedacht, wie sich das auch im kulturellen Gedächtnis erhalten hat, nachdem diese *Horden* 1260 durch die ägyptischen Mamluken und 1262 durch die Ungarn unter ihrem König Béla IV. zurückgedrängt werden konnten. Ein Kulturschock war die Eroberung Konstantinopels durch die Türken im Jahre 1453, durch die griechisches und arabisches Wissen wieder zu *europäischem* gemacht wurde, ohne dass die Einheit der Kirche wiederhergestellt werden konnte.

Es war leicht, dieses Erschrecken vor der asiatischen Despotie fünfhundert Jahre später erneut wachzurufen, wenn es im neunzehnten Jahrhundert um die „gelbe Gefahr“ und seit 1917 um die Sowjetunion ging, die im zwanzigsten Jahrhundert mit ihrem anfänglich revolutionären Elan eine ideologische Weltherrschaft beanspruchte. Und dabei blieb ihr militärischer Expansionswille ungewiss.

Allerdings sollte nicht vergessen werden, dass die Beherrschung der je bekannten Welt in allen herrschaftsüberlagerten Hochkulturen (vgl. Rehberg 2014: 296 f., 361) ein Ziel mächtiger Akteure immer wieder gewesen ist und dass dies auch für *Europa* selbst galt. Stets fand dies auch einen Ausdruck in Anspruchssymbolen herrschender Personen und Mächte, ihrer Göttlichkeit oder von Gott gegebenen Autorität, ihrer in vielen Kulturen verdichteten Vorzüglichkeit in allen Eigenschaften, Tugenden und Fähigkeiten. Dazu gehört auch die Lokalisierung, sei es durch körperliche Präsenz (wie noch in den mittelalterlichen Herrscherumzügen), sei es durch den Sitz der Herrschenden als bestaunten und aus aller Alltäglichkeit herausgehobenen Städten und Palästen und für imperiale Ansprüche vieler Herrschaftssysteme die Sonnensymbolik. Schon die Hybris des Xerxes, wie sie Aischylos dramatisch in Szene gesetzt hat, kündete von dessen Absicht, das persische Land so weit auszudehnen, dass es „mit dem Himmel zusammenstößt. Dann wird auf kein Land die Sonne scheinen, das an das unsere grenzt, sondern sie alle werde ich zu einem einzigen Land machen, wenn ich durch ganz Europa gezogen bin“ (Herodot 1864: 28).

Da Ägypten durch seine Verflechtungen mit dem Rom Caesars für das europäisch-amerikanische Bildungswissen attraktiv war, wurde – vor allem nach den faszinierenden Funden im Pharaonengrab des Tutanchamun – die achtzehnte altägyptische Dynastie zum bekanntesten Fall einer Verschmelzung von Herrscher und Sonne, nachdem Echnaton seinen weltumspannenden Anspruch durch eine Verbindung mit der göttlichen Sonne unwiderlegbar gemacht und damit einen neuen Kult durchzusetzen versucht hatte. Und auch Rom, dieser zuerst kaiserliche, dann päpstliche *caput mundi*, verortete sich als im Zenit liegend, was ja geographisch eigentlich erst durch die Hinzufügung der Neuen Welt evident wurde.

Zuvor hatte während der byzantinisch-römischen Reichs- und Kirchenspaltung die Sonne auch Orient und Okzident gleichermaßen umfasst, wobei die tatsächliche Entfremdung dauerhaft nicht überbrückt werden konnte (vgl. Fischer 1957: 14, 55, 28). Später wird man für das Reich Karls V. sagen, dass in ihm die Sonne nie untergehe, und im Versailler *Sonnenkönig* fand sich, noch mit universalmonarchischem Anspruch illuminiert, ein schon ästhetisierter, wesentlich nur noch bühenhafter Nachklang. Aber immerhin hat sogar die später zu erwähnende Paneuropabewegung das Sonnenkreuz, nun allerdings aus nordeuropäischer Vorzeit, zu ihrem Symbol erwählt.

Staatlich-politische Europa-Variationen

Reichsideen

Obwohl aus historischen Abgrenzungsbedürfnissen geboren, war *Europa* zuerst nur geographisch benannt und bezeichnete nach den erwähnten griechischen Bedeutungen jenen Raum, der an der nördlichen Seite des Mittelmeeres das Zentrum des Römischen Reiches ausmachte. Für die Römer gab es nach der Eroberung Italiens und nachdem sie mit Nordafrika und Kleinasien ihr Weltreich geschaffen hatten, eine immer weiter nach Westen und Norden hin ausgrei-

fende Expansion, also die Eroberung Galliens und sogar des Südens der angelsächsischen Insel bis hin zu den durch den Limes begrenzten Teilen des nordalpinen Landes, das oft genug mit *Europa* gleichgesetzt wurde.

Nach der Verlagerung des kaiserlichen Zentrums von Rom nach Byzanz im Jahre 395 war es zuvor schon zu einer Gegensätzlichkeit gekommen, welche die *europäische* Seite zur Profilierung zwang, insbesondere die Römische Kirche und den Bischof von Rom, der lange noch seine herausgehobene Stellung durch den byzantinischen Kaiser garantiert sehen wollte. Die Begriffe *occidens* und *oriens*, die später bis zum modernen *Orientalismus* eine Kontinuität der keineswegs notwendig abwertenden, oft mit Bewunderung verbundenen Differenzsetzung begründete (vgl. Said 2014), versuchten zuerst noch den Anspruch auf die Einheit im Zusammenspiel von weltlicher und geistlicher Herrschaft zur Darstellung zu bringen. Dann aber war es vor allem die Westkirche, welche das 1054 vollzogene Morgenländische Schisma vorantrieb, wobei auch die langsame Monopolisierung des Lateinischen als Liturgiesprache einen Einfluss auf die Entfremdung zwischen West- und Ostkirche hatte.

Jedenfalls wurde die Latinität für lange Zeit zur Basis der kulturellen Eliten in Europa – auch jenseits der kirchlichen Bindung. Daraus folgte eine Idee der intellektuellen Einheit, die noch für Renaissance und Humanismus wirksam und letztlich im Selbstverständnis der Universitäten viel länger noch bestimmend blieb. Das war ein die Weltgeltung der europäischen Wissenschaften prägendes Europabild, zumal es dieser Kontinent war, auf dem seit dem zwölften und dreizehnten Jahrhundert diese neuartigen Bildungseinrichtungen gegründet wurden; Europa hatte früh das „Kapital der Alphabetisierung“ verstanden (Le Goff 1994: 59). Selbst wenn diese, den Vorrang von Kloster- Dom- und Kathedralschulen ablösenden Höheren Studien von theologischen und kirchlichen Vorschriften noch vielfach bestimmt wurden, haben sie doch einen neuen Weg der Selbstinstitutionalisierung der Wissenschaften begründet.

Einen explizit *politischen* Europabegriff gab es im Mittelalter zumeist nicht, zumal die einen umfassenden Weltanspruch stellende Kirche die Völker des Kontinents als *christianitas* interpretierte. Allerdings trat Karl der Große nach seiner römischen Krönung im Jahre 800 als Beschützer der universalen Kirche durchaus als weltlicher Herr von Zentraleuropa auf. Das hing nicht zuletzt mit dem „Einbruch des Islam in die Wirtschafts- und Kultureinheit des mittelmee-rischen Orbis“ zusammen, sodass Henri Pirenne meinte, ohne Mohammeds Erscheinen sei die Stellung Karls undenkbar gewesen, denn schon Karl Martells Sieg über das arabische Heer im Jahre 732 habe mit dem Kollektivnamen *Europeenses* das gemeinschaftserzeugende Bild eines christlichen Kontinents begründet. So wurde die Stellung Karls als *rex pater europae* erst möglich, während sich eine derart integrierende Bezeichnung nach dem Tod des Kaisers und erst recht nach der Reichsteilung wieder auflöste und der Europabegriff bis in das fünfzehnte Jahrhundert hinein „entpolitisiert“ blieb (vgl. Gollwitzer 1964: 27, 14, 28). Gleichwohl beschwor Papst Urban II. 1095 in seiner Kreuzzugspredigt das Bild von Europa als einer kirchlich-religiösen Einheit, die durch Araber und Sarazenen gefährdet sei (Schulze 2005: 39).

Es waren immer wieder äußere Gefahren, welche die europäischen Fürsten zum Zusammenwirken zwangen. Etwa rief Enea Silvio Piccolomini 1458, im Jahr seiner Wahl zum Papst als Pius II., in *De Europa* 1458 – wie Papst Eugen IV. – zur Teilnahme am Kampf gegen die Türken auf, obwohl er Kaiser Friedrich III., dem er als Sekretär gedient hatte, zu einer Beteiligung daran nicht bewegen konnte. Sodann waren es die Bedrohungen durch die fast ein halbes Jahrtausend immer neu begonnenen Kriege zwischen den Osmanen, der Donaumonarchie und

Russland, die das Zusammenwirken europäischer Fürsten erzwangen und dadurch das christliche Europa erneut zu einer politischen Formel machten. Gleichwohl war eine substantielle Einheit keineswegs gegeben, wenn man daran denkt, dass der französische König Franz I. den vom Papst erlassenen Aufruf zur Rettung der Christenheit ignorieren, und mit dem osmanischen Sultan Süleyman I. (dem Prächtigen), diesem – nun allerdings lutherisch gesprochen – „Antichrist“, „Erzmörder“ und „Hurenhengst“, ein Bündnis gegen die Habsburger schließen konnte, das den Türken den Weg auf das europäische Parkett öffnete.

Obwohl mit der Loslösung der amerikanischen Kolonie vom britischen Mutterland eine freiheitliche und die Menschenrechte sowie das Glück der Bürger zur Basis der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika gemacht habende *Revolution* schon 1776 stattgefunden hatte, war es doch die 1789 von der Pariser Ständeversammlung ausgehende Französische Revolution, die Europa zum Kontinent einer unerhörten Befreiung, sozusagen angewandter Aufklärung machte. Es wurde aber auch zu einem Raum des revolutionären *terreur*, sodann der die Ergebnisse der Revolution mit militärischer Gewaltsamkeit verbreiten sollenden napoleonischen Herrschaft. Und es war wiederum gerade die Erzwingungspolitik Napoleons, dieser „Weltseele zu Pferde“ (Hegel 1806), welche durch die Einführung des *Code civile*, aber auch durch die Zwangsauflösung von Klöstern die Unterstützung eines religiösen Pluralismus mit sich brachten.

Der Niederlage des Kaisers folgte eine lange Phase politischer Restauration, zugleich auch nach den Befreiungskriegen die Neuordnungschance der preußischen Reformer und die Ausbreitung von Verfassungsbewegungen in vielen deutschen Ländern. Es war die Zeit demokratischer Befreiungsbewegungen, etwa radikal-liberaler Studentenvereinigungen oder der Gründung *jugendbewegter* Vereinigungen wie 1831 der *Giovine Italia*, eines *Jungen Deutschland* 1834 und in demselben Jahr in Bern gegründet eines *Jungen Europa*. Man strebte einen föderalen und friedensstiftenden eigenen Kontinent an und sah in der europäischen Einigung eine unerlässliche Vorstufe auf dem Weg zu einer Menschheits-Einheit. Seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts wurden dann die Auseinandersetzungen zwischen den entstehenden Arbeiterbewegungen und den etablierten Mächten bedeutsamer. Europa wurde so zu einem Vorbild aufklärerischer Politik und ihrer massenhaften Umsetzung, aber auch einer gewaltsamen Aufrechterhaltung der alten Ordnung, wie sie die Revolutionen von 1830 und besonders von 1848 zur direkten Folge hatten.

Eine bewusste Ideenproduktion gegen die Aufklärung fand sich in der romantischen Bewegung, aus der das vielleicht berühmteste Plädoyer für eine Erneuerung Europas entstand, nämlich die 1799 vor seinen Frühromantiker-Freunden in Jena gehaltene Rede *Die Christenheit oder Europa* des Freiherrn Friedrich von Hardenberg, der die Erneuerung Europas ganz aus einer Wiedergeburt der Christenheit erhoffte. Oft hat man Novalis' poetische Kraft gelobt oder diese Rede sogar einen „Leuchtturm im Meer deutschsprachiger Europa-Essays“ (Lützel 1998: 33) genannt, dabei die Begeisterungsfähigkeit für die „heilige Zeit des ewigen Friedens“ und für ein „neues Jerusalem“ hervorhebend. Jedoch erweist sich diese Rückwärtsutopie als maßstablose Verklärung nie dagewesener „schöner, glänzender Zeiten, wo Europa ein christliches Land war, wo *eine* Christenheit diesen menschlich gestalteten Weltteil bewohnte“, „zu der jedermann den Zutritt hatte“ und jedes Glied „allenthalben geehrt“ wurde, in dem sogar die „gemeinen Leute Trost oder Hilfe, Schutz oder Rat“ erhielten, wo alle schließlich ihr „irdisches Tagewerk heiter vollbrachten“. Der Papst erschien als „das weise Oberhaupt der Kir-

che“, an dessen „Hofe [...] sich alle klugen ehrwürdigen Menschen aus Europa“ versammelten.

Getragen ist dieser Text von einer Anklage gegen Luther, der das Christentum und seinen Geist verkannt und aus der Religion eine philologische Wissenschaft gemacht habe, die „keine herrlichen großen Erscheinungen des Überirdischen“ mehr vermitteln könne. Im Übrigen sah Novalis (o.J.: 33, 31, 39 f., 48 f.) in der Aufklärung eine „zweite Reformation“, nämlich die Zerstörung jedes lebendigen Glaubens. Es war der oft boshafte, hier jedoch klarsichtige Goethe, der eine unmittelbare Wirkung des feurigen Textes verhinderte, indem er Friedrich Schlegel von einem Druck im *Athenäum* abriet. Als der vollständige Text erst zwanzig Jahre später erschien, traf er (was seinem Verfasser nicht anzulasten ist) auf eine politisch und geistig restaurative Situation, in der die tief empfundene Gläubigkeit vielleicht schon befremdlich erscheinen konnte; kaum jemand dürfte noch geglaubt haben, dass „wahrhafte Anarchie“ in Europa zum „Zeugungselement der Religion“ werde.

Friedrich Schlegel und Adam Müller waren durch ihre Konversion zum Katholizismus ebenfalls von den „Herrlichkeiten von Religion, Christenheit und Papsttum“ überzeugt. Sie veröffentlichten ihre religiösen Erfahrungen in ihren Wiener beziehungsweise Berliner Vorlesungen (*Über die neuere Geschichte* [1810] und *Die Elemente der Staatskunst* [1809]), in welchen der Papst zum „schiedsrichterlichen Friedensfürsten der mittelalterlichen Christenheit“ wurde. Müller schwebte eine Art neuer *Civitas dei* vor. Ähnlich wie diese beiden „verhielt sich ein ganzes Heer europäischer Romantiker“, etwa Clemens Brentano, François René de Chateaubriand (*Génie du christianisme*, 1802), Victor Hugo, Joseph de Maistre (*Du Pape*, 1819) oder Alphonse de Lamartine (vgl. Lützel 1998: 43).

Machtbalancen seit der Frühen Neuzeit

Wirklich ins Bewusstsein der gesamten Welt grub sich Europa seit dem sechzehnten Jahrhundert mit einer bis dahin – selbst seitens der *Universalmonarchien* Spaniens und Frankreichs – unerreichbaren Machtüberlagerung, nämlich als Kontinent global operierender Kolonialmächte: Seit dem siebzehnten Jahrhundert war es den Niederländern, Spaniern und Portugiesen und sodann, mit dem schließlich größten Weltreich, den Engländern, aber auch den Franzosen gelungen, sich mit militärischer Absicherung Rohstoffe und Arbeitskräfte für ihre Produktionen und Märkte für ihre Produkte zu sichern. Europas weltbeherrschende, oft für die verschiedensten Lebensbereiche auch in anderen Kulturen vorbildhafte Rolle war auf der Seite der Europäer eng verknüpft mit dem Selbstbild einer prinzipiellen Überlegenheit über alle anderen Völker und Rassen und deren angeborene Minderwertigkeit. Schon die freiheitsliebenden Athener hatten dies für sich in Anspruch genommen, indem sie dem Aristoteles (1911: 178 [1161 b]) glaubten, außerhalb der eigenen Polis existierten nur Barbaren und führungsbedürftige Sklaven als „beseelte Werkzeuge“.

Derlei Rechtfertigungen veralteten kaum, zumal man später die Ausbeutung durch eine *erlösende* christliche Mission zu moderieren meinte, denn das mutige Eintreten mancher Jesuiten für die im *spanischen* Südamerika gequälten Indios war nicht die Regel. Jedenfalls sahen sich nun die europäischen Mächte als gerechtfertigte Herren fremder Kontinente (die britische Königin Victoria schließlich sogar als *Kaiserin von Indien*). Der Rousseau-Jünger Daniel Alexander Eichhorn beschrieb 1817, wie die Europäer „alle Winkel Asiens [...] durchlaufen [haben], nicht um bessere Meinungen und Gesetze, bessere Sitten, Gewohnheiten und Bräuche,

sondern um ihre Untugenden und Laster, ihre Krankheiten und Übel dahin zu tragen, nicht um das Joch der Unglücklichen zu lüften, sondern [...] es durch ein neues drückender zu machen; nicht um ihnen durch Bildung und Erleuchtung des Verstandes zu einem vernünftigen Genuss des Lebens zu verhelfen, sondern um ihre Menschennatur noch mehr zu erniedrigen, sie auszusaugen und zu plündern, sie zu unterdrücken und zu morden“ (zit. in Gollwitzer 1964: 62). Frühe *Globalisierung* und die Zunahme nationaler Interessen schlossen einander also niemals aus.

Das gilt auch für eine bedingte Friedensordnung, welche zumindest die großen Mächte in einem Gleichgewicht halten sollte und wie sie von vielen Autoren seit dem achtzehnten Jahrhundert dringlichst empfohlen worden ist. Im vorausgegangenen Jahrhundert hatten Tommaso Campanella und später Francis Bacon bereits auf die Notwendigkeit eines Ausgleiches der Macht hingewiesen. 1712/13 war in den Friedensverhandlungen von Utrecht zur Beendigung des Spanischen Erbfolgekrieges ein Sicherheitskonzept beschlossen worden, das durch ein *Jus publicum europaeum* beurkundet wurde, nachdem Philipp V. von Spanien um der *Sicherheit Europas* willen auf jeden Anspruch auf die französische Krone verzichtet hatte. Johann Christoph Adelung empfand 1762 den Kontinent als ein „bewunderungswürdiges Ganzes“ und Friedrich Gentz, Sekretär des Wiener Kongresses und politischer Publizist, sah im Gleichgewichtsprinzip geradezu „die Verfassung der europäischen Staaten“. Friedensfördernde Bedingungen lägen aber auch darin, dass trotz der politisch-militärischen Vormacht des revolutionären Frankreich „tausendfältige Verbindungen“ zwischen den Ländern durch die „Gleichförmigkeit ihrer Sitten, ihrer Gesetze, ihrer Bedürfnisse, ihrer Lebensweise und ihrer Cultur“ bestünden, so dass man sagen könne, „sämmliche Staaten dieses Erdtheils [bilden] einen großen politischen Bund [...] eine europäische Republik“ (vgl. Schulze 2005: 57, 64).

Da auf diese Weise eine endgültige Friedenssicherung jedoch nur bedingt erreichbar war, hatte Immanuel Kant (1997: 195) diese, Machtdifferenzen bloß befestigenden, Vorschläge zurückgewiesen. Statt militärischer Gleichgewichtsordnungen solle es lieber zur Auflösung aller Stehenden Heere kommen, wie radikalere Friedensfreunde es ebenfalls forderten, etwa auch Joseph Görres, der sich in seinem *Vaterländisches Museum* (1810) noch an dem bereits aufgelösten Reich Deutscher Nation als „Zentrum und Rückgrat des vereinten Erdteils“ orientierte, aber einen umfassenderen „Europäismus“ forderte. Kants Modell eines Vertragsfriedens setzte Staaten mit möglichst hoher Homogenität voraus, damit ein Friedensbund (*foedus pacificum*) Bestand haben könne.

Zur Ermöglichung einer Einigung des Kontinents setzte man damals noch die Erhaltung der vollständigen Souveränität aller Mitglieder voraus – deren Einschränkung ist ein angsterzeugender Streitpunkt bis heute, nun nicht mehr der von Gottes Gnaden regierenden Fürsten, sondern breiter Kreise der Bevölkerung (auch dies ein Demokratisierungsbeweis). Auf dieser Grundlage sollten, an die alten Konzilien erinnernd und in manchem den Vorschlägen des Ministers von Heinrich IV. von Frankreich, dem Herzog von Sully, William Penns oder des Abbé von St. Pierre ähnelnd, institutionell gesicherte Versammlungen treten, wodurch in gewisser Weise die Konstruktionen des Völkerbundes oder der Vereinten Nationen vorweggenommen wurden. Tatsächlich wurden unzählige Kongresse veranstaltet, aber diese Form institutionalisierter Verhandlungen sollte auch zum Modell langfristiger Interessenausgleiche werden. So schlug etwa Wilhelm von Gayl einen „Heiligen Rat“ für eine europäische Föderation vor, der in der Mitte des Kontinents tagen sollte (vgl. Duchhardt 2005: 19 f.). Es konnte dies vielleicht

zu einer Stabilisierung der alten Mächte günstig sein, aber auch den Weg bereiten für die vielfältig, besonders nach dem Ersten Weltkrieg geforderten „Vereinigten Staaten von Europa“.

Auch Leopold von Ranke (1885: 323) sah gerade in Europas „Energie seiner Gegensätze“ die Basis für eine kraftvolle Diplomatie, die das neue System der europäischen Staatenwelt stabilisieren könnte, ohne dass die einzelnen Nationen sich auflösen müssten. Vor allem im Umfeld der Märzrevolution von 1848 wurde die Forderung nach einem Staatenbündnis, sogar nach einem Bundesstaat vielfach laut, setzten sich etwa Victor Hugo, Guiseppe Mazzini oder der Schotte Charles Mackay dafür ein. Viel weitergehend wurde von Pierre Dubois eine Bundeslösung für die gesamte europäische Christenheit gefordert, für die er eine kollegial-konziliare Satzung vorschlug, mit einer Universalsynode, jedoch nicht mit dem Papst als Oberhaupt; der sollte neben den Königen als eines der Mitglieder in einem Fürstenbund amtieren (Gollwitzer 1964: 36 f.). Und auch Julius Fröbel setzte sich, Schillers Freiheitsideen aufnehmend, als Delegierter des sächsischen Herzogtums Reuß im Frankfurter Parlament für einen mitteleuropäischen Staatenbund ein. Es ist dies ein Europa, in dem die gefährlichen Staatsrivalitäten nicht überwunden waren, gleichwohl aber kontrollierbar bleiben sollten. Dass solche Forderungen in der Paulskirche erfolglos blieben, hing mit der zunehmenden Hoffnung auf eine eigene deutsche Nationalstaatsbildung zusammen.

Die Selbsterfleischung Europas und die Sehnsucht nach Einheit

Allen Friedens- und Bündniskonzepten zum Trotz wurde (nicht nur) die europäische Geschichte des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts durch das Hochgefühl und die Selbstüberschätzung der monarchisch geführten Reiche bestimmt, die allesamt – die Donaumonarchie, das Zarenreich und das Osmanische Reich – den Ersten Weltkrieg nicht überlebt haben. Das *British Empire*, dessen *imperiales Jahrhundert* aber auch schon 1914 endete, fand seine formelle Auflösung vielleicht erst 1997 durch die *Rückgabe* Honkongs an die Volksrepublik China. Jedenfalls hatte es sich bewahrheitet, dass ein europäisches Gleichgewicht, wenn man an seiner Balance nicht interessiert war, eine Katastrophe nicht verhindern konnte.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, der alle Einigungsbestrebungen abtötete, sie jedoch nach seinem für alle Beteiligten desaströsen Ergebnis umso mehr intensivierte, war von begeistert-nationalistischer Zustimmung begleitet: Man erwartete ein neues *Sedan*, jenen in jährlichen Jubelfeiern beschworenen Ort des Sieges im deutsch-französischen Krieg, der die durch Otto von Bismarck eingefädelt Gründung des deutschen (*zweiten*) Reiches erst möglich gemacht hatte. Bekannt ist, dass der geistige Waffendienst deutscher Professoren im ersten Begeisterungstau mel des *Kulturkrieges* vor allem gegen Frankreich, bruchlos zu mobilisieren war. Einhundert Professoren, Schriftsteller und Künstler unterschrieben im Oktober 1914 das Manifest *An die Kulturwelt*, während ein Aufruf gegen die Kriegshetze von Münchner und Wiener Professoren im Dezember desselben Jahres kaum Unterzeichner fand, unter diesen allerdings Albert Einstein.

So dominierten die *Ideen von 1914*, damals auch noch von Thomas Mann (1990: 532 f.) geteilt in seiner geflissentlichen Selbstbeschreibung als „Synthese von Soldat und Künstler“, der im Krieg eine „willkommene Zäsur der Epoche“, also „Reinigung, Befreiung, ungeheure Hoffnung als ersehnten Abschied von der grässlichen Welt von gestern“ sah. Auch Max Scheler ([1914] 1982: 253), der das später ebenso revidierte, ließ sich vom Kriegstau mel mitreißen, beschrieb den neuen *Gemeinschaftsgeist* und gab diesen Kampf aus als „letzte Schicksals-Frage,

ob Europa sich noch einmal ermannen und zu sich selbst bekennen wolle, der *letzte* Versuch, ihm die ganze, tödliche Anarchie seines Lebens und Bewußtseins aufzuweisen [...]. Dieser Krieg ist entweder der Anfang der Wiedergeburt Europas aus dem Moraste seiner kapitalistischen Versumpfung, oder er ist der Anfang seiner Auflösung [...] *Ein Drittes gibt es nicht!*“

Noch im Krieg, 1915, entwarf der protestantisch-liberale Friedrich Naumann (o.J.) seine Schlussfolgerungen für die Nachkriegszeit und legt sein Konzept für eine neue Ordnung in Mitteleuropa vor. Oft ist das Buch, in dem auch angesichts des Aufstieges der USA vor allem die wirtschaftliche Lage Europas, aber auch Verfassungsfragen behandelt werden, als Begründung einer deutschen Hegemonie im Raum zwischen Polen und den Balkanstaaten verstanden worden. Im Kern ging es ihm jedoch (vorläufig?) nur um eine Verbindung von Preußendeutschland und der Habsburgermonarchie unter Beibehaltung ihrer staatlichen Souveränität und fürstlichen Verfassungen, dabei auch auf eine Verständigung mit Frankreich zielend. Auch Italien und ein unabhängiges Ungarn sowie die Türkei sollten in eine Friedensordnung einbezogen werden, aber ohne eine Verschmelzung der Staaten, welche er auf die beiden genannten deutschsprachigen Länder begrenzte. Der Hintergrund ist eine, wenn auch nicht feindliche, Abgrenzung gegenüber Russland auf der einen und England auf der anderen Seite. Es ist verstehbar, dass viele Kritiker ein derart neugeordnetes Europa unter dem Gesichtspunkt einer vom Autor erwünschten Dominanz der Kriegspartner in Berlin und Wien verstanden. Aber Theodor Heuss (1937: 439–451), erster Bundespräsident und einstmals ein Mitarbeiter Naumanns, widersprach in seiner ihm gewidmeten Biographie mit der These, dass Naumann – obwohl er noch die Illusion gehegt hatte, der Krieg könne *remis* ausgehen – in keiner Weise eine, die kleineren Völker erdrückende Vormachtstellung der von ihm vorgeschlagenen Verbindung zweier Monarchien im Sinn gehabt hätte.

Ebenfalls bereits während des Krieges wandten sich viele Schriftsteller und Intellektuelle wieder dem Europagedanken zu, wenig später Gertrud Bäumer mit ihrem Buch *Europäische Kulturpolitik* (1926), um an ein freiheitliches Europäertum zu appellieren. Heinrich Mann trat mit seiner Schrift *Der Europäer* (1916) und seinem Bruder ganz entgegengesetzten Thesen an die Öffentlichkeit. Seinen Vorbildern Victor Hugo und Émile Zola verpflichtet, hoffte er darauf, dass (und das meinte vor allem Deutschland und Frankreich) „unser Haus [...] jedes unserer Völker befähigt, eine anerkannte Wesensform des anderen einzutauschen“, denn die Sprachen, auch die Rassen seien vermischt und das Ideal einer „Ur- und Vorzugsrasse“ entdeckte man ja wohl nur in „den Germanen“ als „Opernsiegfried“ (zit. in Lützeler 1998: 246).

Kein Wunder, dass angesichts der als so bitter, ja unannehmbar empfundenen deutsch-österreichischen Niederlage von 1918 ein schon durch seinen Titel Popularität erlangendes Buch wie eine unhinterfragbare Deutung der geschichtlichen Stunde empfunden wurde: Es war dies Oswald Spenglers (1918 und 1920 erschienener) *Untergang des Abendlandes*. Europäische Spezialfragen wurden darin allenfalls am Rande behandelt, weil der behauptete Niedergang des Kontinentes in ein universales *Gesetz* der Abfolge von *Lebensphasen* aller Kulturen eingefügt wurde. Und doch handelte es sich vor allem um eine kollektiv wirksam werdende projektive Transformation der eigenen bedrückenden Situation in ein Weltszenario.

In der *Bearbeitung* der selbst erzeugten Katastrophe wurde immer wieder die enge Verbindung zwischen Frankreich und Deutschland beschworen. Das galt auch für Stefan Zweig, der die Verzweiflung Romain Rollands beim Ausbruch des Krieges erlebt hatte, welcher sein ganzes Lebenswerk, zusammengefasst in dem Romanzyklus *Jean-Christophe* verloren sah, der sich

aber – wie auch André Gide – sofort nach dem Kriege um Friedensinitiativen bemühte. Eine enge Zusammenarbeit dieser beiden Länder ist auf der Ebene der europäischen Politik nach 1945 bis heute ja aktuell geblieben und mit symbolischen Gesten untermalt worden: Man erinnert sich der Bilder von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer 1962 während der Friedensmesse in der Kathedrale von Reims oder François Mitterrands und Helmut Kohls 1984 vor dem *Beinhaus von Douaumont*, der Gedenkstätte an das Grauen von Verdun.

Die Verbindung zwischen den, aus fränkischer Vergangenheit gedacht, *feindlichen Brüdern*, die durch den Rhein miteinander verbunden und getrennt sind, stand bereits im Mittelpunkt der einflussreichsten und umstrittensten Schrift dieser Zeit, Richard N. Coudenhove-Kalergis *Pan-Europa*, die 1923 erschienen war und ein Jahr später durch ein Manifest der in Wien gegründeten *Paneuropabewegung* popularisiert wurde. Seine Ideen zur Bildung einer Europäischen Union und später der *Vereinigten Staaten von Europa* wurden lebhaft von dem französischen Außenminister und Ministerpräsidenten Aristide Briand aufgenommen und hatten vielleicht einen gewissen motivierenden Einfluss auf das Zustandekommen der *Locarno-Verträge* des Jahres 1925. Zwar waren dies partielle Regelungen zwischen den einstigen Kriegsgegnern und keine auf eine europäische Vereinigung zielenden Übereinkünfte; aber der Geist der Aussöhnung hatte diplomatisch und rechtlich einen ersten Erfolg aufzuweisen. Dass eine Weiterentwicklung in Richtung einer paneuropäischen Vereinigung unterblieb, mag auch durch den Tod des deutschen Außenministers Gustav Stresemann im Jahre 1929 bewirkt worden sein.

In England, das Coudenhove ebenso wie Russland (aber ohne jede Feindseligkeit, nur ihrer Machtpotenz wegen) ausschließen wollte, stießen derlei Europapläne schon zuvor auf keine Gegenliebe; 1930 war es einzig Winston Churchill, der sich für diesen Europagedanken ausgesprochen hat. Die deutschen Regierungen hingegen akzeptierten den Plan nicht, weil er den *Versailler Vertrag* zur Grundlage nahm. Eine mit der *konservativen Revolution* verbundene (und später den Nationalsozialisten sich andienende) Gegenposition entwickelte Karl August Rohan in seiner *Europäischen Revue* und dem *Europäischen Kulturbund*. Bald schon erschien der „mischblütige“ Coudenhove der NS-Propaganda als Symbol eines künftigen europäischen „Rassenmischmasches“, der von den Juden beherrscht werde – das amerikanische Exil war seine Rettung. 1932 veranstaltete Benito Mussolini, für den die *Romanità* (vgl. Müller 2017) des italienischen Faschismus mit einer Wiederaufnahme der Ideen des antiken Kaiserreiches und die Gewinnung von Kolonien im Mittelpunkt standen, einen Europakongress mit faschistischen und sympathisierenden Intellektuellen, auf dem auch Alfred Rosenberg über *Krisis und Neugeburt Europas* referierte.

Mit der Machtübergabe an Adolf Hitler wurde das Europathema verdrängt, blieb jedoch ein latent-ambivalentes Motiv während des vom *Führer* erklärten Krieges. Europa hieß hier jedoch nicht *Vereinigung*, sondern *Neuordnung* eines „aus der Gestaltungskraft der arischen Rasse geschaffenen Lebensraumes der europäischen Rassen und Völker“ (Franz Six, zit. in Lipgens 1968: 9). Nach der Niederlage in Stalingrad wurden die deutschen Militärverbände nachträglich sogar zur *Europaarmee* umgedichtet. 1933 hatte Hitler noch Bismarcks Hoffnung erwähnt, dass mit der Reichsgründung „für immer eine lange Zeit des Haderns und des Krieges der deutschen Stämme untereinander beendet“ sei, wobei der erste Reichskanzler stets die „Verantwortung für das Gemeinschaftsleben der europäischen Nationen“ empfunden habe. Am 30. Januar 1940 verhöhnte der *Führer* im Berliner Sportpalast hingegen Englands Versprechen eines neuen *Europas* als bloßen Täuschungsversuch (Hitler 1940). Wenigstens erhofften

die mutigen Opponenten Hitlers, die Widerstandsgruppe *Weißer Rose*, gegen dessen „Verknechtung“ durch die Nationalsozialisten ein neues „geistiges Europa“ (*Weißer Rose* 1943).

Friedensordnung und Wirtschaftspolitik: EWG, EG und EU

Nachdem die nach 1918 sich abzeichnende europäische Ordnung spätestens nach Hitlers 1933 erfolgter Aufkündigung der Mitgliedschaft im Völkerbund keine Chance mehr zu einer Verwirklichung gehabt hatte, war die der Bundesrepublik Deutschland eröffnete Mitarbeit im Rahmen neu zu schaffender europäischer Institutionen die einzige Möglichkeit, Deutschland aus seiner vollständigen internationalen Isolation zu befreien. Man könnte sogar von einer Flucht der Deutschen aus der Kontinuität der Geschichte sprechen: in der Bundesrepublik in die Westbindung und im Osten in eine die DDR in die Emanzipationsgeschichte der Menschheit einfügende Flucht in die Geschichtsphilosophie (vgl. Rehberg 2002). Trotz des verheerenden Weltkrieges und dem inzwischen offen zu Tage getretenen Völkermord an den europäischen Juden waren es – im Kontext des beginnenden Kalten Krieges – Robert Schuman, Alcide de Gasperi, Josef Bech und Paul-Henri Spaak, welche der ersten Bundesregierung unter Konrad Adenauer eine Zusammenarbeit anboten, die um der inneren Friedenssicherung willen schrittweise zu einer gleichberechtigten Mitarbeit Deutschlands am Bau eines neuen Europas führte.

Zwar lag ein *europäischer Bundesstaat* in weiter Ferne, aber ein pragmatischer, gleichwohl enthusiastischer Beginn fand 1949 seinen wegweisenden Ausdruck in der Gründung des Europarates, 1951 in der zur Kontrolle der deutschen Schwerindustrie geschaffenen Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl mit einer *Hohen Behörde* als Exekutivorgan und 1957 in den *Römischen Verträgen* und der in ihnen verankerten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die Wahl des Ortes für diesen feierlichen Vertragsschluss erlaubte symbolische Assoziationen an das römisch-christliche Mittelalter, indirekt aber auch an die römische Kaiserherrschaft, während der seit 1950 verliehene Aachener Karlspreis die mythische Schaffung eines christlichen *Europas* durch Karl den Großen beschwor. Mit ihm sollten Persönlichkeiten ausgezeichnet werden, „die den Gedanken der abendländischen [!] Einigung in politischer, wirtschaftlicher und geistiger Beziehung gefördert haben“. Erster Träger war Coudenhove-Kalergi und einer der bald schon folgenden Preisträger Winston Churchill, der ja die *Pan-Europa-Idee* schon früh begrüßt und 1946 eine programmatische Europarede vor Studierenden der Universität Zürich gehalten hatte. In dieser verknüpfte er die Tragödie Europas mit allen den Kontinent preisenden Ideen, mit den Notwendigkeiten einer „Neuschöpfung der europäischen Völkerfamilie“ durch „eine Art Vereinigter Staaten von Europa“.

Übrigens spielen Zufälle, oder mit Machiavelli zu sprechen: *fortuna*, die nicht zu verachten ist, wenn man die *qualità dei tempi* erkennt und zu ergreifen weiß, auch in der *großen Politik* eine wichtige Rolle, wie sich 1956 an dem Zusammenhang der Suezkrise mit der Beschleunigung der europäischen Einigung – hier vor allem des *Euratom-Vertrages* – zeigte. Die Vereinigten Staaten hatten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gemeinsam mit der Sowjetunion (die zum Schutz der Integrität des ägyptischen Territoriums sogar mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht hatte) den Rückzug der englisch-französischen Inbesitznahme von ägyptischem Staatsterritorium durchgesetzt (und somit auch die von England und Frankreich geplante Absetzung des ägyptischen Staatspräsidenten Gamal Abdel Nasser unterbunden). Adenauer soll daraufhin in Paris listig-spontan ausgerufen haben: „Jetzt müssen wir Europa bauen“ (vgl. Loth 2014: 68). Man denke übrigens daran, wie Charles de Gaulle später, besorgt um die Sou-

veränität Frankreichs, seine Mitgliedschaft in der NATO lockerte, und dabei die Alternatividee eines *Europas der Vaterländer* entwickelte, sich dieses – nachdem schon seit der antiken Zeit die Undefinierbarkeit der Ostgrenze des damals erstmals „Europa“ genannten Gebildes feststand – bis zum Ural ausgeweitet vorstellen könnend. Das galt damals als absolut reaktionär und zerstörerisch. Heute wird man unter den überzeugten Pro-Europäern kaum jemanden finden, der nicht schon über die Erreichung dieses Ziels glücklich wäre.

Vielfältig führten die intellektuellen und politischen Distanznahmen gegenüber dem verbrecherischen NS-Staat, nachdem dieser 1945 zusammengebrochen war, zu Geschichtsbetrachtungen, die eine neue Tradition des bürgerlichen und freiheitlichen Denkens zu begründen suchten oder eine Einheit, die noch einmal aus dem Christentum heraus zu formulieren wäre. Es war letzteres insbesondere ein Motto konservativer Autoren, die beides miteinander verbinden wollten: die Kontinuität einer durch das Alte Reich legitimierten, einheitsstiftenden *translatio imperii* mit einer Konfrontationsbereitschaft gegenüber dem Osten, der nun kommunistisch geworden war. Richard Faber (1979) hat eine detaillierte Geschichte der neueren Abendlandidee als „politischem Kampfbegriff“ publiziert und unterschiedlichste Rückgriffsmotive auf die frühere Geschichte aufgezeigt, die immer von der Aktualität des Kalten Krieges beeinflusst waren. Für diese Situation hat Otto (von) Habsburg die Devise beigesteuert: „Die reichische Idee wird in Gestalt der europäischen Einigung neu erstehen“ (Faber 1979: 9). 2014 formierte sich in Dresden mit dem zusammengewürfelten Namen „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA)“ (vgl. Geiges et al. 2015; Rehberg et al. 2016) eine Gruppe, welche in einer weitgehend konfessionslosen Gesellschaft versprach, das christliche Abendland zu verteidigen, dabei vielleicht nicht ahnend, dass Dresden diesem kaum zuzuordnen ist, weil es ein Begriff für den Süden und Westen Europas war (durch den auch die europäische Einigungsbewegung bestimmt wurde und der mit Adenauers politischer Konzeption in Einklang stand).

Die heutige Situation der in mancher Hinsicht in eine Krise geratenen europäischen Einigung braucht an dieser Stelle nicht rekonstruiert zu werden, weder die auf mancher berechtigten Kritik (vgl. Bach 2015) beruhenden Vorbehalte, erst recht nicht die aus einer zunehmenden irrationalen *Europamüdigkeit* resultierende Indifferenz oder gar auf einer ressentimentalen Abwehr beruhenden Kritik an den europäischen Institutionen, die allzu oft als *Verwaltungsmodell* erlebt werden. All das ist erlebte Gegenwart, welche zudem in dem vorliegenden Handbuch aus vielerlei Perspektiven behandelt ist.

Auch waren Abgrenzungs- und Integrationsbedürfnisse immer mit Versuchen einer Bewältigung der sozialen Heterogenität verbunden, die es überall gab und die durch Überlagerungen und Zentralisierungen in den verschiedensten Hochkulturen integrierbar wurden. In Europa bildeten sich dabei spezifische Formen von zuerst ständischen, später demokratisierbaren Partizipations-, Aushandlungs- und Vertragssystemen heraus. Das führte zu innerer Balancen: wie in der attischen Stadtstaatenwelt, der Römischen Republik und den mittelalterlichen Städten mit ihrer oft patrizischen Selbstverwaltung, welche sämtlich Grundstrukturen auch für umfassendere Formen der Vergesellschaftung geschaffen haben. Viele der Entwürfe für eine europäische Einigung bis heute knüpfen an diesen Fundus europäischer Aushandlungstraditionen an.

Institutionelle Konkurrenzen als Quelle kalkulierender Rationalität?

Was nun könnten Quellen für diese eigentümliche Entwicklung partizipativer Strukturen als kulturellem Prinzip gewesen sein? Welche Konstellationen haben dazu geführt, dass sich eine

spezifische kalkulatorische Rationalität herausbildete und sich konfligierende *Kulturercheinungen* im Okzident einzigartig ergänzten: die auf Experimente gestützte rationale Wissenschaft, die auf Kompositionsregeln beruhende *rationale harmonische Musik* oder die auf der Basis der Zentralperspektive verwissenschaftlichte Malerei sowie schließlich – am folgenreichsten – der bürokratische Staat und der, die rechnerische Kalkulation buchhalterisch ins Extrem steigernde, moderne Kapitalismus. All das hat Max Weber (1963: 1–16) uns in suggestiver Reihung in der 1920 verfassten *Vorbemerkung* zu seiner Religionssoziologie vor Augen gestellt, ohne dafür selbst die verschiedensten Erscheinungsformen verbindende Gründe zu nennen.

Wenn nun, wie bei Weber und Werner Sombart, ein spezifisch okzidentaler Rationalismus als Gemeinsamkeit Europas angesehen wird, so muss gefragt werden, wie diese verbreitete Ansicht mit der auch hier geschilderten, aus Differenzen und Konkurrenzkämpfen entstandenen europäischen Geschichte zu verbinden sei. Meine These ist, dass es vor allem die Spannung zwischen Einheitssynthesen und Vereinheitlichungsansprüchen auf der einen Seite und der realen Pluralität der machtgestützten sozialen Beziehungen auf der anderen waren, die in Europa zu einer einzigartigen Intensivierung und Vereinseitigung von rationalen Kalkülen entscheidend beigetragen haben könnten. Nachdem die zunehmend fiktional gewordene Einheit des Römischen Reiches und die der christlichen Kirche zerbrochen war, begann im Okzident der Kampf um eine neue Einheit: Zuerst beanspruchte die Römische Kirche *Universalität*, welche jedoch sofort in Konkurrenz zu den weltlichen Mächten treten musste. Daraus formten sich für Jahrhunderte die Kämpfe und Kompromissformeln zwischen Priestern und weltlichen Herrschern. Es entstand die eigentümliche, nie endgültig befriedete Spannungs-Institutionalisierung von *imperium* und *sacerdotium*. Das war keine einfache Befriedung, sondern die Rahmendefinition für immer neue Suprematieansprüche sowie deren Relativierung auf beiden Seiten.

Daraus folgten komplizierte weitere Ausdifferenzierungen, etwa im Verhältnis des Papstes zu den Kaisern und Königen: Es war Dante Alighieri, der zwischen 1308 und 1313 in *De Monarchia libri tres* mit einer genau berechneten, nicht enden wollenden Litanei zitierter Autoritäten jede theokratische Oberherrschaft des kirchlich-römischen *Pontifex Maximus* am schärfsten abgelehnt hat (nachdem er aus der mit dem Papst verbündeten Guelfen-Stadt Florenz verbannt worden war). Kaiser Heinrich III., der sich durchaus als *rex sacerdos* (Priesterkönig) fühlte, hatte in der Mitte des elften Jahrhunderts noch Päpste absetzen und Reformversammlungen (wie die Synode in Sutri und Rom im Jahre 1046) veranstalten können, durch die das Papsttum andererseits wieder an Bedeutung gewann. Nur durch die ständigen Spannungsbeziehungen und -verschiebungen waren einzelne Fürsten in der Lage ganz unterschiedliche Positionen im Machtgeflecht zu erreichen: Der französische König, dem die Kaiserkrone versagt blieb, vermochte in Europa seine Sonderstellung zu behaupten und als *gottunmittelbar* zu gelten. Liest man die Souveränitätslehre des Jean Bodin (1981), so sind eigentlich nur der Papst, der französische König und allenfalls der Doge von Venedig im Vollsinne *souverän*, also weder durch Lehnseid noch durch päpstliche Suprematie installiert oder gebunden.

Institutionen-Konkurrenzen führen immer auch zur Übernahme von Vorstellungs- und Handlungsmustern, insbesondere der Legitimierungsgründe der Gegenseite: Die obersten Priester wurden in dieser Situation zu Fürsten und die Fürsten erhoben Anspruch auf sakrale Erhöhung. Im Bischofsamt, am deutlichsten im Titel von *Fürstbischöfen*, konnte beides sich in einer Weise vereinigen, dass nach dem Investiturstreit zwischen Heinrich IV. und Papst Gregor VII. im Wormser Konkordat von 1122 die *spiritualia* (also die geistlichen, vom Papst verliehenen

Befugnisse) von den vom Kaiser empfangenen *temporalia* getrennt werden konnten. Das sind Beispiele für eine Einheitsbildung durch Entgegensetzung, eben für Spannungsstabilisierungen: Die Ratio des eigenen Ordnungsentwurfs wird dann immer auch durch die des entgegengesetzten mitbestimmt und in diesem reflektiert. Abgrenzung und Kooperation, Vereinnahmungswille und Autonomiestreben erzwingen eine Steigerung distinkter Eigenlogiken bei gleichzeitiger Berücksichtigung der entgegengesetzten Prinzipien. Institutionenanalytisch zeigt sich, welche Ansprüche und Entwürfe von Eigengeltung (etwa einer eigenen Geschichte oder eigener Zeit- und Raumordnungen) daraus resultieren.

Insofern war Europa zwar der Kontinent einer Religion, aber vor allem auch der Reformation. Die Konfessionalisierung radikalisierte, was in den alten institutionellen Konflikten zwischen Papst und weltlichen Herrschern immer schon gegenwärtig war: Unablässig mussten die Prinzipien und Logiken der konkurrierenden Institution beobachtet und ins eigene Handeln und Denken übersetzt werden. Dadurch wurden die gegnerischen Interessen zugleich anerkannt und relativiert; jedenfalls blieben die Kontrahenten eng aufeinander bezogen.

Aus diesen hier nur angedeuteten Beispielen für eine Geschichte der Spannungsbalancen ergibt sich: Die Idee Europas mag die einer (christlichen) Einheit gewesen sein, daran anknüpfend der Aufklärung, des Sozialismus, auch der – wie Alexis de Tocqueville zeigte – in Amerika sozusagen alltagsethisch radikalisierten Demokratie. All dies ist jedoch nicht ohne die Überbrückung von Differenzsetzungen zu verstehen. Sie führten auch zu der Sondertradition verschränkter Herrschaftskontrollmechanismen, wie sie sich in den ängstlichen Machtbegrenzungsanstrengungen der Renaissance-Herrschaften (etwa in Venedig oder Florenz) zeigten, sodann im englischen Konstitutionalismus und den französischen Ständeordnungen. Daraus formten sich John Lockes und Montesquieus Theorien der Gewaltenteilung und der Konstruktion von *check and balance*-Systemen. Und überhaupt waren die komplizierten Machtregulierungs- und Beteiligungssysteme ein durchlaufendes Charakteristikum seit der Römischen Republik und den italienischen Stadtrepubliken (vgl. die „Eidverbrüderung [*Conjuratio*]“ als Sozialmodell bei Weber 1976). Insofern können die monarchischen und totalitären Einheitsphantasmen nicht als die Regel aufgefasst werden.

Literatur

- Agamben, G., 2013 a: Die endlose Krise ist ein Machtinstrument. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.5.2013.
- Agamben, G., 2013 b: Se un impero latino prendesse forma nel cuore d'Europa. In: *La Repubblica*, 15.3.2013.
- Aristoteles, 1911: *Nikomachische Ethik*. Übers. v. E. Rolfes. Leipzig: Meiner.
- Bach, M., 2015: *Europa ohne Gesellschaft. Politische Soziologie der europäischen Integration*. Wiesbaden: Springer VS.
- Berger, H., 1907: Europe. In: G. Wissowa, Hrsg. *Pauly's Real-Encyclopädie der Klassischen Altertumswissenschaft*. Bd. 11. Stuttgart: Metzler, 1287–1310.
- Bösch, F., 2012: Einleitung: Entstehung an der Peripherie. In: F. Bösch, A. Brill, F. Greiner, Hrsg. *Europabilder im 20. Jahrhundert*. Göttingen: Wallstein, 7–24.
- Bodin, J., [1576] 1981: *Sechs Bücher über den Staat*. 3 Bde. Übers. v. B. Wimmer. Herausgegeben von P.C. Mayer-Tasch. München: Beck.
- Braudel, F., 1990: *Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Phillips II*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Burckhardt, J., 1860: *Die Cultur der Renaissance in Italien*. Basel: Schweighäuser.
- Cobet, J., 2014: Europabilder in der Antike und aus der Antike. In: B. Drechsel, F. Jaeger, H. König, A.-K. Lang, C. Leggewie, Hrsg. *Bilder von Europa. Innen- und Außenansichten von der Antike bis zur Gegenwart*. Bielefeld: transcript, 37–53.
- Coudenhove-Kalergi, R.N., 1923: *Pan-Europa*. Wien: Pan-Europa-Verlag.

- Drechsel, B., Jaeger, F., König, H., Lang, A.-K., Leggewie, C., 2014: Einleitung. Bilder von Europa aus naturwissenschaftlicher Perspektive. In : Dies. Hrsg. *Bilder von Europa. Innen- und Außenansichten von der Antike bis zur Gegenwart*. Bielefeld: transcript, 11–35.
- Duchhardt, H., 2005: Der deutsche Europa Diskurs des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. In: W. Borodziej, H. Duchhardt, M. Morawiec, I. Romsics. Hrsg. *Bd. 1: Essays*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 15–42.
- Faber, R., 1979: *Abendland. Ein „politischer Kampfbegriff“*. Hildesheim: Gerstenberg.
- Fischer, J., 1957: *Oriens – Occidens – Europa. Begriff und Gedanke „Europa“ in der späten Antike und im frühen Mittelalter*. Wiesbaden: Steiner.
- Geiges, L., Marg, S., Walter, F., Hrsg. 2015: *PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?* Bielefeld: transcript.
- Gollwitzer, H., 1964: *Europabild und Europagedanke. Beiträge zur deutschen Geistesgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts*. München: Beck.
- Hegel, G.W.F., 1806: *Brief an Friedrich Immanuel Niethammer* v. 13. Oktober.
- Herodot (1859): *Die Musen des Herodotus von Halikarnassus. Erstes Bändchen: Clio*. Übers. v. J.Chr.F. Bähr. Stuttgart: Kraiss & Hoffmann.
- Herodot (1863): *Die Musen des Herodotus von Halikarnassus. Erstes Bändchen: Mespomene*. Übers. v. J.Chr.F. Bähr. Stuttgart: Kraiss & Hoffmann.
- Herodot (1864): *Die Musen des Herodotus von Halikarnassus. Siebentes Bändchen: Polymnia*. Übers. v. J.Chr.F. Bähr. Stuttgart: Kraiss & Hoffmann.
- Heuss, T., 1937: *Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit*. Stuttgart und Berlin: DVA.
- Hitler, A., 1933: Rede bei der Eröffnung des neu einberufenen Reichstags am 21. März 1933. In: K.-D. Bracher, G. Schulz, W. Sauer. *Die nationalsozialistische Machtergreifung*. Bd. 1. Frankfurt am Main 1979.
- Hitler, A., 1940: Rede im Sportpalast Berlin. *Freiburger Zeitung*, 31.1.1940.
- Kant, I., [1795] 1997: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. In: I. Kant. Hrsg. *Theorie- Werkausgabe*. Bd. XI. Hrsg. W. Weichedel. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kennedy, P., 1989: *Aufstieg und Fall der großen Mächte, Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*. Übers. v. Catharina Jurisch. Frankfurt am Main: Fischer.
- Kintzinger, M., 2014: Regionalität des Globalen. Die Europa-Perspektive des Mittelalters. In: B. Drechsel, F. Jaeger, H. König, A.-K. Lang, C. Leggewie. Hrsg. *Bilder von Europa. Innen- und Außenansichten von der Antike bis zur Gegenwart*. Bielefeld: transcript, 59–79.
- Kuhn, A., 2008: Warum sitzt Europa auf dem Stier? Matriachale Grundlagen von Europa. In: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. Hrsg. *Frauen verändern EUROPA verändert Frauen*, 191–200.
- Le Goff, J., 1994: *Das alte Europa und die Welt der Moderne*. München: Beck.
- Lepénies, W., 2016: *Die Macht am Mittelmeer. Französische Träume von einem anderen Europa*. München: Hanser.
- Loth, W., 2014: *Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte*. Frankfurt am Main und New York: Campus.
- Lützel, P.M., 1998: *Die Schriftsteller und Europa. Von der Romantik bis zur Gegenwart*. Baden-Baden: Nomos.
- Mann, T., 1990: Gedanken im Kriege. In: Ders. *Gesammelte Werke*. Bd. 13. Frankfurt am Main: Fischer, 527–545.
- Michelet, J., 1850: *Histoire de France*. Bd. 9: *La Renaissance*. Paris: Marpon et Flammarion.
- Mommsen, T., 1856: *Römische Geschichte*. Bd.1. Berlin: Weidmannsche Buchhandlung.
- Müller, C., 2017: *Politische Religion und Katholizismus. Geltungsgeschichten im faschistischen Romanität-Kult*. Paderborn: Schöningh.
- Naumann, F., o.J.: *Mitteleuropa*. Berlin: Reimer.
- Novalis [Georg Philipp Friedrich von Hardenberg], o.J.: Die Christenheit oder Europa. In: Ders. *Hymnen an die Nacht / Die Christenheit oder Europa*. Berlin: Insel, 29–62.
- Oschema, K., 2001: Der Europa-Begriff im Hoch- und Spätmittelalter. Zwischen geografischem Weltbild und kultureller Konnotation. In: H. Duchhardt. Hrsg. *Jahrbuch für Europäische Geschichte* 2. München: Institut für Europäische Geschichte und Oldenbourg, 191–235.
- Panofsky, E., 1979: *Die Renaissance der europäischen Kunst*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ranke, L. v., 1885: *Geschichte der romanischen und germanischen Völker von 1497 bis 1515*. Leipzig und Berlin: Reimer.
- Rehberg, K.-S., 2002: Der doppelte Ausstieg aus der Geschichte. Thesen zu den „Eigengeschichten“ der beiden deutschen Nachkriegsstaaten. In: G. Melville, H. Vorländer. Hrsg. *Geltungsgeschichten. Über die Stabilisierung und Legitimierung institutioneller Ordnungen*. Köln et al.: Böhlau, 319–347.

- Rehberg, K.-S., 2014: *Symbolische Ordnungen. Beiträge zu einer soziologischen Theorie der Institutionen*. Baden-Baden: Nomos.
- Rehberg, K.-S., Kunz, F., Schlinzig, T., Hrsg. 2016: *PEGIDA. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung?* Bielefeld: transcript.
- Said, W.E., 1978: *Orientalismus*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Scheler, M., 1982: Europa und der Krieg [zuerst 1914]. In: Ders. *Gesammelte Werke. Bd. 4: Politisch-pädagogische Schriften. Herausgegeben von M.S. Frings*. Bern: Francke, 251–266.
- Schulze, W., 2005: Europa in der Frühen Neuzeit. Begriffsgeschichtliche Befunde. In: F.J. Felten, H.G. Hockerts, H.-M. Körner, R.A. Müller, A. Schindling, H. Smolinsky. Hrsg. *Historisches Jahrbuch 125*. Freiburg: Karl Alber, 35–65.
- Sombart, W., 1902–1927: *Der moderne Kapitalismus. Historisch-systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart*. 3 Bde. München und Leipzig: Duncker & Humblot.
- Spengler, O., 1918: *Der Untergang des Abendlandes*. Wien: Braumüller.
- Wagner, F., 2012: Von der kolonialpraktischen Kooperation zum „europäischen Ideal“? Kolonialverbände in Deutschland, Frankreich, Spanien und Belgien (1870–1914). In: F. Bösch, A. Brill, F. Greiner. Hrsg. *Europabilder im 20. Jahrhundert. Entstehung an der Peripherie*. Göttingen: Wallstein, 27–53.
- Wallerstein, I., 2004: *Das moderne Weltsystem*. 4 Bde. Wien: Promedia.
- Weber, M., 1963: Vorbemerkung. In: Ders. *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*. Tübingen: Mohr Siebeck, 1–16.
- Weber, M., [1922] 1976: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. 5. Aufl. Herausgegeben von J. Winckelmann. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Weißerose: [6. Flugblatt der Münchener Widerstandsgruppe], verfasst von Prof. Dr. Kurt Huber und am 18.2.1943 von Hans und Sophie Scholl in der Münchener Universität ausgelegt, beziehungsweise in den Lichthof geworfen.